



Foto: Udo Sorgatz

Im Mai 2002 besetzten ROBIN WOOD-Aktive den Fördererturm von Schacht KONRAD. Seit 1991 macht ROBIN WOOD mit guten Argumenten und spektakulären Aktionen auf die Gefahren von KONRAD als Atommüll-Endlager aufmerksam

Alles hängt an Konrad

Kaum sind die ersten Atomkraftwerke stillgelegt, werden Forderungen nach einem schnellen Rückbau bis hin zur „Grünen Wiese“ laut. Kein Wunder, denn wenn die Segnungen der Gewerbesteuer ausbleiben, will man den radioaktiven Dreck auch nicht mehr vor der Haustür haben. „Grüne Wiese“ – Problem gelöst? Ganz so einfach ist das nicht. Denn das Dilemma mit dem radioaktiven Abfall ist, dass wir ihn innerhalb menschlich vorstellbarer Zeiten nicht mehr los werden. Wir können ihn allenfalls von einem Ort zu einem andern Ort schaffen. Ein solcher Ort soll Schacht KONRAD werden, eine stillgelegte Eisenerzgrube in der Stadt Salzgitter. Doch hier regt sich seit über 30 Jahren Widerstand gegen solche Pläne. Acht Reaktoren wurden nach der

Katastrophe von Fukushima abgeschaltet. Noch klagen die Konzerne vor dem Bundesverfassungsgericht auf Schadenersatz, doch die Diskussion um den Rückbau der AKW ist in vollem Gange. Die EnBW will ihre beiden Reaktoren Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 so schnell wie möglich abreißen, „aus sicherheitstechnischen und ökonomischen Gründen“, wie der Chef der Betreiber-tochter ENKK1 erklärte. RWE hat am 6. August 2012 ebenso einen Antrag auf schnellen Abriss für die beiden Reaktorblöcke Biblis A und B gestellt, wie E.ON am 11.10.2012 für das AKW Esenshamm (Unterweser). Allein Vattenfall erwägt für Brunsbüttel und Krümmel einen „sicheren Einschluss“. Weitere 19 Atomkraftwerke und größere For-

schungsreaktoren sind bereits stillgelegt. Ganz aktuell wird in Geesthacht über den Rückbau der beiden Forschungsreaktoren diskutiert. Viele befinden sich im Abriss wie Mülheim-Kärlich und Obrigheim, einige im „sicheren Einschluss“ wie Lingen und der THTR Hamm Uentrop oder sind bereits „grüne Wiese“ wie Niederaichbach und Großwelzheim.

Schneller Abriss oder...

Die Betreiber stoßen mit dem „schnellen Abriss“ in der Regel bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Parteien auf offene Ohren. Nicht nur, dass die strahlende Altlast verschwinden soll, sondern die Gewerbeflächen sollen wieder frei werden für Neuansiedlungen.

Dazu kommt die berechtigte Furcht, dass sich die Betreiber in ein paar Jahren mit den Entsorgungsrückstellungen aus dem Staub gemacht haben könnten und die finanziellen Lasten von der Allgemeinheit getragen werden müssten. „Schnell“ ist dabei relativ. Etwa fünf Jahre müssen die Brennelemente noch in den Abklingbecken verweilen, die eigentlichen Abrissarbeiten dauern mindestens 12 Jahre. Zuerst werden die nicht-radioaktiven Anlagenteile, später der Kontrollbereich und als letztes der Reaktordruckbehälter abgebaut.

... sicherer Einschluss?

Doch auch der „sichere Einschluss“ hat Vorteile. Auch hier werden die Brennelemente entfernt, alle nicht-radioaktiven Anlagenteile abgebaut, der Primärkreislauf dekontaminiert. Alle Verbindungen, die nach draußen gehen, werden abgebrochen, verschweißt, zugemauert – bis auf einen Eingang. Das Reaktorgebäude wird hermetisch eingeschlossen. Es findet eine regelmäßige Begehung statt, Gebäude und Anlagen werden nach Stand von Wissenschaft und Technik in Stand gehalten und belüftet. Im Laufe der Jahre werden die kurzlebigen radioaktiven Stoffe abgebaut, so dass die Strahlenbelastung für die Beschäftigten bei einem späteren Abriss sinkt. Insbesondere für Doppelblöcke wie Neckarwestheim und Philippsburg wäre der Einschluss überlegenswert. Schließlich sind Risiken und Strahlenbelastung geringer, wenn die Abrissarbeiten erst beginnen, sobald beide Blöcke abgeschaltet sind.

Letztlich gibt es keinen Königsweg für den Umgang mit stillgelegten Reaktoren. Deshalb sind Forderungen des Chefs der Reaktorsicherheit Schleswig-Holstein, den „sicheren Einschluss“ zu verbieten, politischer Populismus und sicherheitstechnischer Unsinn. In Rheinsberg, wo die Verseuchung des Grundwassers drohte, musste schnell abgerissen werden. Der Reaktorbehälter des AVR Jülich ist derartig hoch verstrahlt, dass er nicht zerlegt werden kann, sondern für mindestens 60 Jahre eingeschlossen werden soll. Auch der Rückbau des Kühlkreislaufes verzögert sich aufgrund der hohen Beta-Kontamination.

Wichtig wäre eine umfassende radiolo-

gische Charakterisierung der jeweiligen Anlage, wie sie auch die Reaktor-Sicherheitskommission RSK fordert. Dabei wird mittels Proben und Berechnungen ein Kontaminations- und Dosisleistungskataster erstellt. Erst dann kann beurteilt werden, wie mit der Anlage und ihren Bauteilen am besten umgegangen werden kann. Das Konzept „schneller Abriss“ oder „sicherer Einschluss“ muss vergleichend geprüft und am jeweiligen Standort gesondert entschieden werden. In der Realität gelten jedoch andere Vorgaben. Der Rückbau von Atomanlagen ist teuer. Die Devise der Betreiber lautet: Möglichst schnell, möglichst billig, möglichst ohne Öffentlichkeit. Nicht nur, dass die umfassende radiologische Charakterisierung weder bei Obrigheim, noch bei Mülheim-Kärlich vorgenommen wurde, in Obrigheim wurden vor Abrissbeginn nicht einmal alle Brennelemente entfernt. Der Wunsch nach der „Grüne Wiese“ wird in jedem Fall vergebens sein. Auch beim Abriss bleiben die bestrahlten Brennelemente vor Ort im Zwischenlager.

KONRAD – nicht geeignet und trotzdem genehmigt

Kommen wir zu dem Ort, der laut Willen von Politik und Wirtschaft 95 Prozent des anfallenden Atommülls in Deutschland aufnehmen soll, dem Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD im atomar stark belasteten Braunschweiger Land. Gerade einmal 20 Kilometer ist Schacht KONRAD von dem havarierten Atommülllager

ASSE II entfernt. Genauso weit ist es bis zur Konditionierungsanlage und dem Zwischenlager der Fa. Eckert&Ziegler, mitten im Wohngebiet in Braunschweig-Thune. Knapp 50 Kilometer sind es bis Morsleben, der „Schwesteranlage“ der ASSE II auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Nachdem die Eisenerzförderung in KONRAD Mitte der 1970er Jahre eingestellt worden war, boten Betriebsrat und Konzernleitung dem Bund die Grube als Atommülllager an. Die einen um ihre Arbeitsplätze zu erhalten, die anderen um den Bund die Kosten für die Offenhaltung des vielleicht später noch einmal benötigten Erzlagers bezahlen zu lassen. Das Verfahren zu Schacht KONRAD war von Anfang an eine Farce. Noch ehe die ersten Untersuchungen 1982 abgeschlossen und der Planfeststellungsantrag gestellt wurde, tauchte Schacht KONRAD 1981 in den Errichtungsgenehmigungen für Brokdorf, Grohnde und Grafenrheinfeld als Entsorgungsnachweis auf. Und so ging es munter weiter. Immer wieder regierte der damalige Bundesumweltminister Töpfer per atomrechtlicher Weisungen in das KONRAD-Verfahren hinein. So erzwang er die Auslegung der Planunterlagen ebenso wie die Einberufung des Erörterungstermins trotz erheblicher fachlicher Bedenken seiner niedersächsischen Amtskollegin. Entgegen der Auffassung der Genehmigungsbehörde wies er an, dass die mit Schacht KONRAD verbundenen Atomtransporte nicht Gegenstand des Verfah-

Wer schützt hier wen vor was? Eisenträger für einen zweiten Sicherheitszaun um das Gelände von Schacht KONRAD



Foto: Harald Streich

rens sein dürfen und dass die Planrechtfertigung für das Atommülllager zu unterstellen sei. Den Höhepunkt der Farce um KONRAD führten die beiden Umweltminister Trittin (Grüne, Bund) und Jüttner (SPD, Niedersachsen) 1999 auf. Beide erklärten, dass sie Schacht KONRAD für nicht genehmigungsfähig hielten, wollten aber die Verantwortung für die Nichtgenehmigung dem jeweils Anderen in die Schuhe schieben. Außer einem öffentlichen Schlagabtausch passierte nichts. Und so einigten sich Trittin und Schröder ein Jahr später mit den Energiekonzernen im Atomkonsens darauf, KONRAD doch zu genehmigen, was Herr Jüttner 2002 vollzog. Mit der Unterzeichnung des Paktes mit den Energiekonzernen wandelte sich Schacht KONRAD in den Äußerungen von Spitzenpolitikern von SPD und Grünen dann auch von einem „ungeeigneten“ zu einem „sicheren Endlager“.

An die Genehmigung schlossen sich fünf Jahre gerichtliche Auseinandersetzungen an. In einem denkwürdigen Urteil, das später vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde, setzte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg völlig neue Rechtsauffassungen durch. Das Planfeststellungsverfahren für ein Endlager heiße zwar Planfeststellungsverfahren,

Das Bundesamt für Strahlenschutz versucht Parallelen zwischen ASSE und Schacht Konrad zu leugnen



sei aber im Wesen keines, sondern eine gebundene Genehmigung, also eine Zusammenfassung aller notwendigen Einzelgenehmigungen. Das hatte zur Folge, dass den klagenden Kommunen, der Stadt Salzgitter und den Gemeinden Vechelde und Lengede jegliches Klage-recht gegen ein solches Projekt abgesprochen wurde. Der anwohnende Landwirt durfte zwar klagen, musste aber erfahren, dass die heute Lebenden kein Recht auf den Schutz künftiger Generationen gerichtlich geltend machen können. „Es gibt kein Recht auf Nachweltschutz“ – so die Rechtsprechung von OVG und Bundesverfassungsgericht.

Gefährdung von 20.000 Industriearbeitsplätzen

Schacht KONRAD liegt mitten im industriellen Herzen Salzgitters. Der Einlagerungsschacht befindet sich auf dem Gelände der Salzgitter AG direkt neben dem Stahlwerk. Das VW-Motorenwerk mit rund 6300 Beschäftigten ist nur knapp zwei Kilometer entfernt, die Transportstrecke geht direkt am VW-Werk vorbei. Insgesamt gibt es innerhalb des fünf Kilometer-Radius rund um Schacht KONRAD rund 20.000 Industriearbeitsplätze, deren Existenz durch das Atommülllager bedroht wird. Kein Wunder, dass der Widerstand gegen das Projekt nicht nur von Landwirten, Kirchen, Kommunen und Umweltverbänden getragen wird, sondern in erster Reihe auch von den Beschäftigten von VW, der Hütte und der IG Metall.

Die Fehler von der ASSE II nicht wiederholen

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) versucht immer wieder, Parallelen zwischen Schacht KONRAD und der ASSE II zu leugnen. Doch der Geochemiker Dr. Ralf Krupp ist da anderer Meinung. 16,3 Kubikmeter salzhaltiges Grundwasser dringe täglich in KONRAD ein, mehr als derzeit in den Asseschacht. Nach der Schließung werde KONRAD ebenfalls absaufen. Die Abfälle, so Krupp, werden nach Wasserzutritt so wie in der Asse unter Gasbildung korrodieren und Radionuklide in Lösung gehen. Auf Grund des größeren Abfallvolumens und des kleineren Grubenhohlraums in Schacht Konrad werden jedoch mehr Gase und

höherer Druck entstehen. Die über dem Endlager befindlichen und vermeintlich als geologische Barrieren wirksamen Tonschichten wurden durch zahlreiche Bohrungen auf Eisenerz, Öl- und Gas durchlöchert. Dieses sind potentielle Austrittswege für die Radioaktivität.

Schon bei der Genehmigung waren die Pläne für Schacht KONRAD hoffnungslos veraltet. Die Berechnungen für den Langzeitsicherheitsnachweis stammten aus den 80er Jahren, basierend auf vielen Annahmen mit nur wenig Naturdaten. Wer sich vor Augen führt, welche rasante Entwicklung in den letzten 20 Jahren allein auf dem Gebiet von Computerprogrammen stattfand, kann erahnen, dass das Lager schon vor seiner Inbetriebnahme in keiner Weise dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Dem BfS ist das egal, Hauptsache, das Lager ist genehmigt. Es ist in der komfortablen Lage, sowohl Betreiber als auch Überwachungsbehörde zu sein. Und so hat es gleich schon mal in Eigenaufsicht eine Erweiterung des genehmigten Radionuklidspektrums von 156 auf 235 Radionuklide vorgenommen.

Es geht noch lange nicht um eine Standortdebatte

Schacht KONRAD ist keine Lösung, weil sich hier früher oder später das Desaster Asse wiederholen würde, nur in größerem Ausmaß. Die Debatte greift zu kurz, auch auf Seiten der AtomkraftgegnerInnen, wenn sie sich darauf reduziert, ob Gorleben „im Endlagerpool drin ist“ oder nicht. Es geht derzeit überhaupt nicht um die Frage, wo der radioaktive Abfall auf Dauer lagern soll, sondern um die Frage, wie mit ihm so umgegangen werden kann, dass er unsere und künftige Generationen am wenigsten schädigen wird. Es geht um eine Debatte über die Fehler der Vergangenheit und die der Gegenwart und darum, wie eine tatsächlich offene gesellschaftliche Diskussion darüber geführt werden kann. „Vergraben und vergessen“ jedenfalls, wie in ASSE II und Morsleben praktiziert und in Schacht KONRAD geplant, ist definitiv keine Antwort auf die Probleme mit dem Atommüll.

*Ursula Schönberger, Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
www.ag-schacht-konrad.de*